

**Im Blickpunkt: Einblicke in Alltag, Planung und Finanzierung der Kindergartenlandschaft**

Beitragsfreiheit ist beschlossen

**Abgeordnete sehen Familien stark entlastet**

**KREIS CUXHAVEN/HANNOVER.** Mit den Stimmen von SPD und CDU hat der Landtag am Mittwoch die Reform des niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes (KitaG) und damit die Abschaffung der Elternbeiträge zum 1. August beschlossen. Vorangegangen sei dem Beschluss eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden, die einen „fairen Ausgleich“ für die entfallenden Elternbeiträge erhielten, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher für frühkindliche Bildung der SPD-Landtagsfraktion Uwe Santjer.

Beschlossen wurde ebenso die Rückverlagerung der Sprachförderung von den Grundschulen an die Kindertagesstätten. Santjer: „So findet die Sprachförderung künftig dort statt, wo sie am effektivsten wirken kann – bei den hervorragend ausgebildeten Fachkräften in unseren Kindertagesstätten.“

**Fachkraftschlüssel anheben**

Auch in die Betreuungsqualität solle investiert werden: „Bereits im Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 haben wir 60 Millionen Euro für rund 5000 zusätzliche Krippenplätze auf den Weg gebracht.“ Ein von SPD und CDU getragener Entschließungsantrag sehe außerdem einen Stufenplan zur Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels vor, so Santjer.

Die CDU-Landtagsabgeordneten Thimo Röhler und Lasse Weritz bewerten die Entscheidungen als „das bedeutendste familien- und bildungspolitische Projekt der vergangenen Jahre“. „Wir entlasten junge Eltern, stärken Familien und damit die Mitte der Gesellschaft.“ Die CDU-Landtagsfraktion habe ihre Zustimmung zur Novellierung des Kita-Gesetzes an die Bedingung geknüpft, dass die Elternbeitragsfreiheit nicht zulasten der Kommunen erfolge und auch der Besuch einer Tagespflege kostenfrei werde, sofern der Rechtsanspruch auf Betreuung hierdurch erfüllt werde. „Beides haben wir erreicht. Das Land steht zu seiner Verantwortung und stellt den Kommunen die Mittel zur Verfügung“, sagt Thimo Röhler.

**Beruf attraktiver machen**

In einem nächsten Schritt solle nun die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen gesichert und weiter ausgebaut werden, berichten auch die beiden CDU-Abgeordneten: Dazu gehöre auch, die Attraktivität des Erzieherberufes zu steigern und in die Dualisierte Erzieherausbildung einsteigen.

Für Uwe Santjer sind für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte zudem die Erleichterung des Quereinstiegs und die Abschaffung der Ausbildungsgebühren von Bedeutung. (red)

**Pflichtaufgabe Kita-Betrieb**

**Landkreis steigt stärker ein**

**CUXHAVEN.** Der Landkreis wird sich verstärkt an den Kosten für Kindertagesstätten in den Kommunen beteiligen, berichtete Petra Wüst am Dienstag im städtischen Fachausschuss für Jugend und Soziales. Die Gemeinden des Landkreises versehen für den Landkreis diese Pflichtaufgabe.

In Cuxhaven machen die Kita-Kosten den größten Posten des Haushalts aus. Am 30. Mai habe der Kreistag beschlossen, 2,5 Millionen Euro zusätzlich für 2018 und 5 Millionen für 2019 bereitzustellen. Ab 2020 wolle sich der Kreis zu 45 % und ab 2021 mit 50 % an den nicht gedeckten Kosten beteiligen.

Damit seien die Hauptverwaltungsposten zunächst zufrieden, sodass an eine Vertragskündigung derzeit nicht gedacht sei. Langfristig sei aber eine Kostenübernahme von zwei Dritteln angepeilt, so Petra Wüst. (mr)

**Die Kinder geben die Inhalte vor**

DRK-Landespräsident Hans Hartmann zu Besuch in der Kita Am Rathausplatz / Begegnung zwischen Altersgruppen fördern

Von Maren Reese-Winne

**CUXHAVEN.** Abends, bei der Hauptversammlung des DRK-Kreisverbands Hadeln in Otterndorf, soll DRK-Landespräsident Hans Hartmann immer noch geschwärmt haben: Die vor zweieinhalb Jahren eröffnete Kita am Rathausplatz könne wahrlich als Modell dienen. Unter anderem die vielen Wahlmöglichkeiten für die Kinder und die Küche, in der täglich 99 gleichzeitig anwesende Ganztagskinder versorgt werden, hinterließen bleibende Eindrücke.

In einem Rundgang stellten die Leiterinnen Anke Biermann und Nadine di Gennaro die Kindertagesstätte vor, in der sich in Vorbereitung auf das nahe Sommerfest gerade alle mit dem Projekt „Die kleine Raupe Nimmersatt“ beschäftigten.

„Wir sind gerade zweieinhalb Jahre hier und haben manche Bereiche schon zweimal umgestaltet“, erzählte Anke Biermann. Damit werde auf Signale der Kinder reagiert. So ist gerade eine Holzwerkstatt entstanden, in der selbst die Blaumänner für die Kinder nicht fehlen.

**Junge Technik-Experten**

Im Multimedia-Raum gerieten sogar Kindergarten-Profis – auch Hartmann, zweifacher Großvater, bezeichnet sich durchaus als erfahren – ins Staunen. Manuel Schuldt-Thode berichtete, wie Kinder hier nicht nur selbstständig Fotoapparat, Fotodrucker, Laptop und Mischpult (!) bedienen, sondern auch gleich die Anleitungen dazu selbst anfertigen.

Kinder dürfen mit der Kamera losziehen und sich jeweils eins der geschossenen Fotos ausdrucken, das dann aufbewahrt wird bis zum „Rausschmiss“ als Schulkind. Dann gibt es die gesammelten Erinnerungen mit auf den Weg.

Das offene Konzept (Auflösung der klassischen Gruppenräume, ein Modell, mit dem Cuxhaven landesweit Vorreiter war) zieht sich durch bis in die Krippe. Selbst das gesamte Außengelände



**Aha-Erlebnisse im Forscherraum – auch für den Landespräsidenten des DRK, Hans Hartmann (2.v.l.). Mit den verschiedensten Herangehensweisen wurde den Kindern hier die Entwicklung der Raupe bis zum Schmetterling nahegebracht.**

**Selbstständig arbeiten können die Drei- bis Sechsjährigen auch in der neu eingerichteten Holzwerkstatt (unten links).**

**Die Krippenkinder zeigten sich durch den Besuch höchst unberührt und ließen sich bei ihrer Runde nach dem Mittagsschlaf nicht stören (unten rechts).**

Fotos: Reese-Winne

dürfen die Kleinen erobern, nur manchmal wird durch mobile Trennwände ein Rückzugsraum geschaffen. „Wir finden die Begegnung wichtig, denn nur so können die Kinder Rücksicht lernen. Die Großen leben es vor, die Kleinen können sich orientieren. Das ist viel Mühe am Anfang, aber es lohnt sich“, erklärte Kita-Fachberater und Abteilungsleiter Joachim Büchenschütz.

Nach den Sommerferien sollen auch erstmals Hortkinder in die Kita einziehen. Eigentlich war dies von Anfang an vorgesehen, aber angesichts des Runs auf die Kindertagesstättenplätze mussten sie zunächst in der alten Einrichtung in der Friedrichstraße (früher am Schillerzentrum) bleiben.

Wer meine, dass die meisten Kinder nach dem Wechsel auf die weiterführende Schule abgemel-

det würden, irre, so das Team: Die Altersspanne erstreckte sich tatsächlich von sechs bis 14 Jahren. Die gesetzliche Vorgabe eines großen Raums von 50 Quadratmetern Mindestgröße sei dabei völlig widersinnig: „Was wir brauchen, sind kleine Räume als Rückzug für unterschiedliche Altersgruppen.“

Auch die offene Ganztagschule mit nur drei bis vier Tagen an

freiwilligen Nachmittags-AGs sei kein Instrument, um den Hort überflüssig zu machen, zumal ja auch zwölf Wochen Ferien überbrückt werden müssten.

Eine Besonderheit in der Einrichtung ist noch der hohe Männeranteil in der Belegschaft: Sieben der 29 Fachkräfte sind Männer. „Die können hier ihre Kompetenzen einbringen, was sehr geschätzt wird.“

**Neuer Kindergarten erhält Zufahrt über Pommernstraße**

Interessenbekundungsverfahren für Einrichtung soll umgehend starten

**CUXHAVEN.** „Umgehend“ will die Stadt auf ihrer Homepage und in unserer Zeitung das Interessenbekundungsverfahren für die neue Vier-Gruppen-Kindertagesstätte „Südlich Westerwischstrom“ veröffentlichen. Das Gelände befindet sich hinter der Schule, der Gnadenkirche und der evangelisch-lutherischen Kindertagesstätte der Gnadenkirche – dort, wo zwischen Drangst und Bäderring ein Neubaugebiet entstanden ist. Bei der Ermittlung fehlender Kindertagesstättenplätze in Cuxhaven war Süderwisch als ein Stadtteil mit hohem Bedarf aufgefallen.

Der evangelisch-lutherische Kindertagesstättenverband Cuxhaven hat sich bereit erklärt, in einem Provisorium als Übergang bis zur Fertigstellung des Neubaus (optimistische Schätzung: Ende 2019) eine zweigruppige Kindertagesstätte mit jeweils einer Kindergarten- und einer Krippengruppe zu betreiben, obwohl nicht klar ist, ob er auch Träger des neuen Kindergartens wird (wir berichteten gestern).

Hierfür sollen sich Träger nun im Interessenbekundungsverfahren bewerben. Wie Dezernatsleiterin Petra Wüst am Dienstag im Ausschuss für Jugend, Familie, Soziales und Gleichstellung erläuterte, dürften vorab – vor der öffentlichen Bekanntmachung der Details – keine Inhalte des Verfahrens preisgegeben werden, weil allen Interessierten zeitgleich die Möglichkeit dieser Informati-

on gegeben werden müsse. Der Ausschuss empfahl, das Bekundungsverfahren freizugeben, das letzte Wort hat der Verwaltungsausschuss.

Dasselbe gilt für den Beschluss über die Erschließung dieser neuen Kita. Ursprünglich war vorgesehen, diese nur über eine Straße durch das Baugebiet zu erschließen. Das könne eng werden, hatten Ausschussmitglieder gewarnt. Nun ist vorgesehen, eine weitere Zufahrt zu schaffen, und zwar über die Pommernstraße.

**Als Spielstraße bauen**

Dort soll die Zufahrt zum bestehenden Kindergarten und zum Schulparkplatz erweitert und als Spielstraße ausgewiesen werden.

Katja Barbion aus der Abteilung Straßenbau und Verkehrsplanung erläuterte, dass sich alle anderen Varianten wie die Erschließung über eine Verlängerung der Oderstraße oder der Küddowstraße als unpraktikabel erwiesen hätten.

Die Rückfrage des Ausschussmitglieds Michael Stobbe (SPD), ob trotz des Straßenbaus der dort im Zuge der Aktivitäten zur „Sozialen Stadt“ vorgesehene Bolzplatz dennoch gebaut werden könne, bejahte sie.

Über die neue Verbindung könnten auch Fußgänger und Radfahrer bequem zur neuen Kita gelangen. Das Grundstück gehöre bereits der Stadt und die Kosten hielten sich angesichts der kurzen Strecke im Rahmen. (mr)



Der schmale Weg (links zu sehen) zwischen Schule und Gnadenkirche soll erweitert und für den Verkehr freigegeben werden. Foto: Reese-Winne

**Wie stark Eltern zur Kasse bitten?**

Beitragsfreiheit gilt für acht Stunden am Tag

**CUXHAVEN.** So richtig Dampf ist erforderlich, damit die Ratsgremien noch vor der Sommerpause einen Beschluss zur künftigen Erhebung von Elternbeiträgen fassen. Sollte zum 1. August keine neu gefasste Satzung vorliegen, wären die Kita-Träger nämlich gezwungen, weiterhin Beiträge von den Eltern zu erheben, die diese dann später auf Antrag von der Stadt erstattet bekämen. „Das will keiner!“, hieß es am Dienstag im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie und Gleichstellung. In anderen Gemeinden Niedersachsens, die die Umstellung nicht vorher hinbekommen, wird dies übrigens auf Eltern zukommen.

Soeben hat der Landtag die Beitragsfreiheit ab dem 1. August beschlossen. Für einen bis zu achtstündigen Kita-Besuch am Tag müssen Eltern von Kindern ab dem dritten Geburtstag bis zum Schuleintritt (das Mittagessen ausgenommen) nichts mehr bezahlen.

**Zahlbar ab erster Stunde**

Wie aber wird mit der Zeit umgegangen, die über acht Stunden hinausgeht? Die Stadtverwaltung schlägt in einer Vorlage einen Betrag von 50 Euro im Monat pro Zusatzstunde vor – fällig, sobald ein Kind diese Stunde in Anspruch nimmt; ob einmal oder mehrfach im Monat, soll dabei unerheblich sein.

Als neue pädagogische Kernzeit schlägt die Verwaltung die Zeit von 7 bis 17 Uhr vor. In die

sem Rahmen könnten die Einrichtungen entsprechend den Bedürfnissen der Eltern die Betreuungszeiten von bis zu acht Stunden festlegen. Die herkömmlichen Frühdienste (bislang: vor 8 und 16 Uhr, Kosten: zehn Euro im Monat) soll es dann nicht mehr geben, erläuterte Dezernatsleiterin Petra Wüst.

**Höhe in Zweifel gestellt**

„Uns kommen die neuen Beträge sehr hoch vor“, merkte Walter Kopp (AfD) an. Seine Fraktion hatte daher einen Antrag eingebracht, in dem sie einen Elternbeitrag von 24,50 Euro vorschlug. Petra Wüst führte aus, dass der Betrag anhand eines Durchschnitts-Erzieher-Gehalts – umgerechnet auf anwesende Kinder und Stunden – errechnet worden sei und dass 50 Euro längst nicht kostendeckend seien. Der AfD-Antrag fand – auch mit dem Hinweis, dass ja die sonstigen Beiträge wegfielen –, keine Zustimmung.

Endgültig soll am Dienstag der Rat entscheiden. Es mehren sich Hinweise, dass sich dabei der Verwaltungsvorschlag nicht durchsetzen wird. Denn auch Fachleute sollen Bedenken angemeldet haben. Auch SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener sagt: „Alleinerziehende und Familien, die ihr Kind neun oder zehn Stunden in der Kita haben, haben sich das sehr genau überlegt und müssen das machen. Die dürfen nicht noch bestraft werden.“ (mr)